

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebkübler u. der Arbeiterschaft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionsstilus Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro lediggehaltene Nonpareillezeile 50 Pf., für Zahlstellen 30 Pf.

Unser Verbandstag.

Für unsere Bewegung wird die Tagung in Nürnberg ein Markstein für immer bleiben. In dieser Zeit, wo noch lange nicht die revolutionäre Gärung zum Abschluß gekommen ist, wo sich Richtungen streiten über die Kampfesart und die Wege, die zum Zielen führen, war es vorauszusehen, daß auch hier die Meinungen und Ansichten scharf aufeinander prallen müssten. Nicht Sprengung der Gewerkschaft war die Kraftkraft dieser Strömung, sondern der Wille, die Organisation vor Schaden zu bewahren, sie durch klare Richtlinien im Bahnen zu leiten, auf denen es möglich ist, den Charakter des Massenkampfes nie zu verwischen.

Die Arbeit ist geglückt. Besser als wir erhofften, als wir nach Altenberg fuhren. Wir haben keine Opposition. Es war ein großer Meinungsstreit. Die Stürmer wollten vorwärts. Sie sind mit einer großen Dosis Misstrauen behaftet infolge der Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung seit Ausbruch des Krieges. Über das Verhalten der Generalkommission sind scharfe Worte gefallen. Die Leipziger Tagung hatte jedoch darüber entschieden, so daß eine weitere Beschlusssfassung unterblieb. Die Praktiker, die mitten in der aufreibenden Alltagssarbeit stehen, hatten wiederum die Vorteile, als Gutachter über unsere Machtverhältnisse auftreten zu können. Bei solcher Kräfteverteilung konnte nur Gutes für die Gesamtorganisation geschaffen werden. Freuen wir uns, daß es so ist! Seine revolutionäre Körperschaft bedarf Idealisten, die die treibenden Kräfte sind. Die in der praktischen Arbeit Stehenden sind abhängiger in ihrem Handeln veranlagt. Sie denken die Eventualitäten in ihrer Wirkung bis zum Schluss aus, und dabei zeigt sich, daß große Hindernisse unsere Bahnen behindern. Anders kann eine vorwärtsdrängende Bewegung nicht sein. So läßt sich Gutes schaffen! Die Einigkeit über alles war das Leitmotiv, das die Tagung umrahmt. Schon vor Eintreten in die Tagesordnung wurde nach lebhafter Debatte, wobei jedoch von allen Rednern Versplitterungsfäden kategorisch, mögen sie kommen von rechts oder links, zurückgewiesen wurden, in namentlicher Abstimmung einstimmig beschlossen:

Die Delegierten des fünfzehnten (außerordentlichen) Verbandstages erklären, daß Mitglieder der unionistischen Betriebsorganisation oder Mitglieder, die deren Bestrebungen direkt oder indirekt fördern, nicht Mitglieder unseres Zentralverbandes seien können.

So muß es sein, wenn wir uns die Kraft erhalten wollen, die bei allen in der Zukunft notwendigen Aktionen unbedingt erforderlich ist.

Im Hochlandsbericht rollte Kollege Diermeier ein Bild auf über die fast übermenschliche Leistung aller Verbandsfunktionäre seit der Revolution. Das gewaltige Anwachsen der Organisation, die prächtigen Erfolge auf allen Gebieten wurden eingehend gewürdigt. Aber auch auf die großen Aufgaben wurde verwiesen, die in der kommenden Zeit bewältigt werden müssen. In der Diskussion wurde — abgesehen von höherem Monita — die Geschäftsführung gut geheissen.

Höheres — Arbeitsgemeinschaft, die große Frage der Tagung, welche die revolutionäre Leidenschaft der Gegner auf. Kollege Lankes behandelte diese vielmehrstreiten Probleme. Er versuchte während zu wirken. Die "Opposition" schickte als Referenten Kollegen Müller, Breslau, vor. Die Gegner waren, getragen von dem ehrlichen Bestreben, die Organisation vor der Versumpfung zu bewahren, nicht in der Lage, dem Verbandstag bessere Wege zeigen zu können. Bis dorthin, wo das Proletariat die Macht in die Hände bekommen, müssen wir uns etappenweise durch Stützpunkte den Vormarsch sichern. Wie verloren nicht die Gründe gegen die Arbeitsgemeinschaft in Abwehr der Bewertung dieser Einrichtung durch die Unternehmer. Mit Recht wurde von beiden

Richtungen betont, daß dort ganz andere Motive für die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft vorherrschend waren und nicht die ehrlichen Bestrebungen, den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor im Wirtschaftsprozeß zu bewerten. In namentlicher Abstimmung entschied sich der Verbandstag mit 108 gegen 47 Stimmen für die Arbeitsgemeinschaft. Die Resolution des Verbandsvorstandes wurde hierauf mit großer Mehrheit angenommen. (Wir werden sie in der nächsten Nummer veröffentlichen. D. R.)

Den Abschluß von Reichstarifen für das Bäcker- und Konditorgewerbe beleuchtete Kollege Heßhold nach allen Seiten. In die Diskussion wurde, wie nicht anders zu erwarten war, die Mehrlontingentierung hineingezogen. Gegen die Genossenschaften fielen scharfe Worte. Die vom Referenten unterbreiteten Leitsätze wurden einstimmig angenommen.

Der Zusammenschluß zu einem Mahnungs- und Genossenschaftsverband trat schärfer als bei früheren Tagungen in den Vordergrund. Wir finden das erklärlich. Der Konzentrationssprozeß kommt allerorts zur Geltung. Schwache Zeile suchen Anschluß an große Einrichtungen. So drängen auch in den Gewerkschaften die Berufsverbände, soweit sie in einer Betriebsgemeinschaft sind, zu einheitlichen Organisationsformen. Kollege Diermeier war mit dem Referat betraut. Bei seinen chronologischen Darstellungen weisen die Spuren der Bestrebungen zur Errichtung eines Industrieverbandes bis in die neunziger Jahre zurück. Die Verhältnisse waren auch hier schärfer als der Wille der Anhänger des Industrieverbandes. In letzter Zeit ist diese Frage in das akute Stadium getreten. In einer Konferenz mit den in Frage kommenden Verbänden wurde eine Willensbildung beschlossen, nach der auf dieser Basis weitergearbeitet werden soll. In der Diskussion trat der einheitliche Wille zutage, alles einzuführen, um baldigst den Industrieverband errichten zu können. Der Verbandstag stimmte dem Konferenzbeschuß zu und wählte eine fünfgliedrige Kommission, die mit dem Verbandsvorstand die weiteren Arbeiten zu erledigen hat.

Das Referat des Kollegen Fiz über „Unsere Maßnahmen gegen die Lehrlingszüchterei“ wurde infolge der vorgeschrittenen Zeit dem Protokoll einverlebt. Hierzu wurde die vom Verbandsvorstand unterbreitete Resolution einstimmig angenommen.

Über den Gewerkschaftskongress referierte Kollege Weidler. Der Verbandstag stellte sich auf den Boden der dort gesagten Beschlüsse. Als Neuerung werden in Zukunft die Delegierten durch Urabstimmung in den Zahlstellen gewählt.

Der Bericht des Kollegen Lankes vom dritten internationalen Kongress wurde ohne Einwendungen entgegengenommen. Als Delegierte für den vierten Kongress wählte der Verbandstag die Kollegen Diermeier, Hauck, Lankes und Heßhold.

Die gründliche Umgestaltung des Statuts, des Beitrags- und Unterstützungsweises durch die Kommissionarbeit erleichterte dem Plenum die Behandlung dieses Stoffs. Wir sind an dieser Stelle nicht in der Lage, die Beschlüsse wiedergeben zu können und werden das in den nächsten Nummern nachholen. Soviel jedoch heute: Die große Mehrheit entschied, die Organisation dadurch kampffähig zu gestalten, daß eine bedeutende Erhöhung der Streikunterstützung vorgenommen wird. Die Beitragsteilung ist den bestehenden Lohnverhältnissen angepaßt worden und läßt die Beweglichkeit nach oben offen.

Bei der Vorstandswahl und der Festlegung des Sitzes der Zentralleitung wurde, nachdem Breslau den Antrag auf Verlegung des Sitzes nach Berlin zurückzog, im Handumdrehen eine Einigung erzielt. Die seitherigen Vorstandsmitglieder und Redakteure wurden wiedergewählt. Der Sitz bleibt in Hamburg. Der in Berlin wohnende

Sekretär, Kollege Heßhold, erhält einen bedeutend erweiterten Aufgabenkreis zugewiesen. Es würde ein Ausschußressort errichtet zur Bearbeitung aller Fragen bei den Reichs- und preußischen Staatsbehörden, wozu Heßhold mit der Alleinvertretung betraut wird, soweit hierbei die Anwesenheit weiterer Vorstandsmitglieder nicht erforderlich ist. Diese Neuerrichtung macht sich in Abbruch prompter Predigting vielseitiger Fragen notwendig. Außerdem finden Militärtarifangelegenheiten dort ihre Erledigung. Gleichzeitig ist dieser Sekretär mit der Leitung der Agitation und Lohnbewegungen im Bezirk Berlin wie seither beauftragt worden. Diese Neuerung wird zweifellos für unsere Organisation von Nutzen sein.

Der Sitz des Ausschusses bleibt in München.

Die Delegierten haben in wenigen Tagen gute Arbeit geleistet. Es konnte doch nicht anders sein. Jeder war von dem Gedanken durchdrungen, sein Bestes für die Organisation zu tun. So sehr die Meinungen auseinandergingen, immer wieder traten die Bestrebungen in den Vordergrund, die Einigkeit zu bewahren und die Kampfkraft zu stärken. Niemand konnte voraussehen, was die Zukunft bringen wird. Soviel wurde aber heute allen klar, es werden uns scharfe Kämpfe in der kommenden Zeit nicht erspart bleiben. Wenn sie siegreich ausgeschlagen werden sollen — und das ist unsere Aufgabe —, dann müssen alle Abspaltungsbestrebungen zurückgewiesen werden. Dann dürfen wir uns auch nicht Extravaganzen erlauben, die die Einheitlichkeit unseres Handelns fördern könnten. Scharfe Kampfansage nach rechts und links. Wir werden jeden Angriff, mag er kommen von welcher Seite, scharf zurückweisen. Die Protektoren der Gelben hätten zugegen sein sollen, als der Verbandstag gegen die Entscheidung des Reichsarbeitsministers protest erhob. Sie würden dann begreifen, daß ein Zusammenarbeiten mit dieser Richtung undenkbar ist.

Die Tagung in Nürnberg hat uns klare Richtlinien für unser zukünftiges Handeln gegeben. Klarheit um vielmehrstrenne Fragen war dringend notwendig. Jetzt können wir auf der vorgezeichneten Bahn weiterarbeiten. Wir erwarten von allen Verbandsmitgliedern, daß sie sich auf den Boden der Beschlüsse stellen und gemeinsam beitragen werden zur Durchführung dieser Beschlüsse. Am 1. Juli tritt das neue Statut mit den neuen Beitragssbestimmungen in Kraft. Bis dahin muß allerorts die Arbeit zur Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse zum Abschluß gekommen sein. Dann weiter auf der Bahn, die uns der Verbandstag gewiesen hat!

Eine Besprechung der Konditoren in Nürnberg.

Die auf dem Nürnberger Verbandstag vertretenen Konditoren traten am 5. Mai eine Besprechung ab; sie wurde vom Kollegen Fiz mit der Erklärung eingeleitet, daß es dem Hauptvorstand nicht möglich war, weitere Kollegenkreise zu dieser Besprechung zusammenzuziehen, da die umfangreichen Arbeiten des Verbandstages die längere Tagung einer Sonderkonferenz unmöglich machen. Eine ganz eingehende Behandlung aller Fragen sei hier also nicht gegeben, aber es sei beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine besondere Tagung für die Konditoren in Form einer Reichskonferenz einzuberufen. Als wichtigster Punkt für alle Verhandlungen in Kollegenkreisen wurde dann in der Debatte die Frage der Sonntagsruhe bezeichnet, da diese noch keineswegs gellärt sei. Mit besonderer Wärme traten für die Verweigerung jeder Sonntagsarbeit die Vertreter von Mittel- und Süddeutschland ein. Von anderer Seite wurden Maßnahmen für eine noch intensivere Agitation und eine viel schärfere Bekämpfung des Magdeburger Verbandes gemacht; letzterer wurde von allen Seiten wiederum als reine gelbe Organisation bezeichnet und Beispiele seines schädlichen Werks angeführt. Weiter wurde gewünscht, daß zu Propagandazwecken tatsächlichen Erfolge auf dem Gebiete der Tarifpolitik besser, auch in Arbeitgeberblättern, verbreitet würden. Der Gedanke von Reichskontrollen innerhalb des Gesamtverbandes sowie erweiterte Verschärfung der einzelnen Branchen in der Presse fand bei den meisten Vertretern großen Anklang, aber es wurde auch gerade von solchen Kollegen,

die bisher am entschiedensten die Interessen der Konditor-gehilfen innerhalb des Verbandes zu vertreten und zu fördern wußten, besont, daß man mit der alten, in Fleisch und Blut übergegangenen Vereinsmeierei gründlich brechen und stets die großen Ziele der Gesamtbewegung im Auge behalten müsse. Seitens des Verbandsvorstandes wurde dazu erklärt, daß selbstverständlich jeder Fachsimpelei entgegengesetzt werden müsse, daß aber angegesichts der immer größer und weitläufiger werdenden Organisation den einzelnen Gruppen naturgemäß auch mehr Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt werden müsse. Alle diese Fragen werden in nächster Zeit noch gründlich erörtert und geklärt werden. Dedenfalls hat die Organisationsleitung den Willen, allen einzelnen Berufszweigen jede Einrichtung zu schaffen, die zur besseren Vertretung ihrer Interessen notwendig ist. Eine Sektionsbildung im besondern werde dann möglich sein, sobald die Konditoren in ihren Reihen selbständig und tatkräftig arbeiten.

Der Centralausschuss der Arbeitsgemeinschaft der Bäck-, Brot- und Feigwaren-Industrie

lagte am 29. und 30. April in Berlin und beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Forderungen unserer Kollegenschaft auf eine Erhöhung der Steuerungszulage. Die im Februar bewilligte Zulage war tatsächlich weit hinter dem zurückgeblieben, was man erwartet hatte, und infolge der gerade seit dieser Zeit sprunghaft weiter hinauf rasenden Steuerung drohte man allerorten stärker auf eine neue Regelung. Die Organisationsleitung forderte unter Berücksichtigung alter Verhältnisse — auch der der Industrie selbst! — den doppelten Satz dessen, was im Februar zugeschanden worden war und hoffte, daß die Einsicht der Unternehmer groß genug sei, um die Notlage der Arbeiterschaft zu ziehen zu können. Aber es hat noch nie einen so schweren Kampf um jeden Groschen gegeben wie bei diesen neuen Verhandlungen. In der höchsten Stasse (bei einem Drizzuschlag über 15% für gelehrte und Hilfsarbeiter über 20 Jahre) bot man entgegen der Forderungen von 24 Stundenzulage eine volle von 90%; in der niedrigsten (Arbeitszeiten unter 16 Jahren bei einem Drizzuschlag bis zu 5%) entgegen den verlangten 60% nur 15%! Die Verhandlungen, die öfter unentschieden zu enden drohten, setzten erst nach fast zweijährigem Verhandeln das unterschiedliche Resultat. Die Arbeitnehmer erklärten dazu, daß sie es ihren Mitgliedern zur vorläufigen Annahme empfehlen und auch die gegenwärtige Gesamtlage der Industrie klarlegen werden; es sei aber vorauszusehen, daß die geringen Zugeständnisse große Unzufriedenheit erzeugen und sofortige Neuforderungen hervorrufen würden. Eine Verhängung der Industrie sei nach einem solchen Abdruck der Verhandlungen in feiner Weise zu erwarten. Das Endergebnis war, daß nur dieselben Steuerungszulagen noch einmal bereitgestellt wurden, wie bei den Februarzulagen.

Es ist also nachstehende weitere Steuerungszulage pro Stunde beschlossen:

	Arbeiter	Arbeitsschüler
zu Stunde mit Drizzuschlag	über 20 Jahren	über 20 Jahren
unter 20 Jahren	sofort	sofort
bis 5%	40,-	35,-
von 7½ bis 10%	55,-	70,-
- 12½ %	70,-	85,-
- 15%	70,-	40,-
über 15%	85,-	100,-
	45,-	50,-

Sie Brots- und Kartoffelzulage soll weiter bestehen werden. Die Steuerungszulage tritt in Kraft in den Schokoladen- und Butterwarenzweigen am 12. April, in der Kaffeezucker- und Zigarettenindustrie am 15. April, in der Seife-, Zwitscher- und Feigwarenindustrie zu dem Zeitpunkt, an dem diese wieder produziert können und die Gewerke entsprechend erhöht hat. Für Schokolade-Bitterzucker tritt die Steuerungszulage mit Wirkung vom 1. April an in Kraft.

Nach die vorstehenden Verhandlungen tragen zum Teil einen recht scharfen Charakter, möglicherweise der Umstand bringt, daß es diesmal eine größere Zahl der Herren Syabji aus den verschiedenen Unterverbänden eingefunden hatten. Gefahrlos ist leider nicht immer mit bestendem Verhandlungsergebnis gespart, zumal, wenn man für die freien Gewerke der Fleischindustrie überall ja kein Verständnis mit auf die Wahl gebracht hat. Die Herren erreichten allerdings, daß die ganze Zugang auch in Fragen anderer Bedeutung wenig Freiheit brachte, aber es ließ den Spitzenchef der Unternehmer damit zunächst einen so großen Zinsen geben haben, wie sie für zulässig hielten, in einer ganz anderen Frage. So zum Beispiel in ihrer beständigen Achtung einer Bezahlung der Gewerkeindustrie, wobei sie und die Vertreter der größten Firmen meinten, in solchen politischen Dingen gehöre ihr freies Meinungsrecht aus. Eine solche Haltung die Herren in Südwürttemberg in den Pflichten standen, in den Südwäldern war zu gut bekannt!

Es ist bedauerlich in es zu sagen, daß ein Antrag des Reichs-Kaufkons. u. Br., Fleisch- und Butterfirmen, die am Ende der laufenden Saisone die Fortbildungsfürde befreuen, es ist der Fall, wenn die Spülung in die Ratszeit will, der Sohn nicht zu gehen, vor dem Kriegsgericht abgeföhrt wurde. Ein Sohn, ohne viel Urfurth, ist am Ende der laufenden Saisone in das Kapital mögen dürfen, und die Fortbildung weiterhin nicht zu verhindern. Ein solches könnte folgen.

In der zuletzt kürzlich durch die Gekobrat-Gesetzgebung im Drizzuschlag von 15% liegenden und einer Steuerungszulage im Brot-Feigwaren zu solchen großen Summen zugetragen, von uns Südwäldern und den Kollegen die am Ende gegen den Kartoffelzuckerindustriewerken die sofortige Fortbildung des Sohnes wurde verlangt, da der Befürworter gesetztes ist.

Der Nebentitel des Gewerbegehilfenzweigs Groß-Breslau in letzter Organisation.

Widmet die Breslauer Gewerbegehilfen dem Befürworter und Gewerbegehilfen-Unternehmerverbund aus, gewiss sehr geschickt wie gelöst haben, lassen es, als sollten in dem Namen wieder die alten, vorherbestehenden gewohnte Angaben, die man auf Befürworter begreifen konnte. Wenn verfügt über die Käufe und Absatzverbindungen mit der

Konditorinnung tariflich zu regeln. Es kam auch ein „Tarif“ zu stande. Man braucht aber nur darauf hinzuweisen, daß er in den Nachbarstädten wie eine kalte Tüte wirkt und in Oberhaußen wurden durch ihn die kurz vor dem Abschluß sich befindenden Lohnverhandlungen bedeutend erschwert. Als isoliert stehender Verein, war es dem Duisburger eben nicht möglich, die Löhne der Kollegen mit der fortwährend sinkenden Kaufkraft des Geldes in Einklang zu bringen. Zumal die Summe von ihrem stockreaktionären Standpunkt nicht abging und sich jeder vernünftigen Gehaltsregelung systematisch widersetzt. Geht brach aber in den Köpfen der Kollegen gewaltsam die Erkenntnis durch, daß nur mit Hilfe einer zentralen Organisation die Lage verbessert werden könnte. Nachdem sich dann eine Anzahl Kollegen ganz energisch wieder für den Anschluß an einen Verband eingesezt hatten, wurden Vertreter unserer Organisation und auch der Magdeburger Verband zwecks Information eingeladen. Gegen den Centralverband herrschte zunächst noch ein starkes Vorurteil, was an den damaligen Verhältnissen am Orte lag. Eine Entscheidung mußte aber zunächst einmal getroffen werden. Der drohenden Verschleppungspolitik einzelner Kollegen wurde dadurch vorgebeugt, daß ein Antrag des Unterzeichneten: „Sofortige Abstimmung über den Anschluß an eine Organisation“, mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde. Und gegen die Stimmen einer noch verschwindend kleinen Opposition wurde der Anschluß an den Magdeburger Verband vollzogen. Trotz all dieser Schwierigkeiten arbeiteten aber die Freunde des Zentralverbandes unentwegt weiter. Einen starken Bundesgenossen hatten sie dabei auf ihrer Seite, der schließlich alle Sophismen und rabiatistischen Zwischenfälle zertrümmerte. — das war die ökonomische und politische Entwicklung. Mit ehrner Logik hämmerte sie allen Widerstreitenden die Erkenntnis ein, daß auf der völlig ungünstigen Basis des Magdeburger Verbandes niemals das Fundament zur Befreiung der Schlesienschafft aufgebaut werden könnte. Der Kurs der „Magdeburger“ lenkt unter der Duisburger Kollegenschaft analog dem Wahlschwund im Deutschen Reich. Nachdem alle Versuche, mit der Summe gütlich auszukommen, scheiterten, nachdem alle Vorstellungen und bitten bei der Magdeburger Verbandsleitung erfolglos blieben und diese nichts von sich hören und sehen ließ, rief man von Seiten des Vereins, nachdem die Kündigungsszeit des alten Tariffs bereits über ein viertel Jahr abgelaufen war, den Schlüsselabschluß an. Hier bekam der Vorsteher den Bescheid, daß der Verein einer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen sein müsse. Der Vereinsvorsteher mußte da wohl etwas verdutzt gewesen sein, glaubte aber doch noch beweisen zu dürfen, daß der Verein dem Magdeburger Verband angeschlossen sei. Da er aber auch hierfür kein Verständnis fand, sah er sich vor folgende Frage gestellt: „Machen wir diese mittelalterlichen Zustände weiter mit oder schließen wir uns dem Zentralverband an?“ Nach einem Vortrag unseres Bezirksleiters Bildner wurde der Uebertritt zum Verbande einstimmig beschlossen. Nun, Kollegen von Duisburg, werdet treue Mitglieder in den Reihen der klugen Gewerkschaften Kollegenschaft! Wie in Duisburg, so liegen auch die Verhältnisse in Mühlheim a. d. N. Kollegen von Mühlheim, wir fordern Euch auf, geht die Harmonieufreude auf, schließt Euch jetzt den Duisburger Kollegen an! Wir rufen Euch ein „Herzlich Willkommen in unseren Reihen“ zu. Willi Ch.

jahre fehlte Kohlakao noch gänzlich, so daß diesmal weniger für einzelne Erzeugnisse die Beschaffung günstig war. Was die Kohlenbelieferung anbelangt, so wird nun von einem der Verantwortlichen bessere Belieferung gegen Ende des Monats festgestellt.

Die Konkurrenz und Marmeladenindustrie hatte ebenso ausreichend wie im Vorjahr zu tun. Im Vergleich zum Vorjahr bestehen wenienswerte Unterschiede nicht, allerdings wird von einzelnen Berichten eine leichte Verbesserung, von andern ein wesentlicher Rückgang vermerkt. Der Kohlenmangel führte auch hier zu Betriebsstörungen. Der Absatz ist zum Teil wegen höherer Preise schlechter ausgefallen als im Vorjahr, obwohl großer Bedarf vorliegt.

Die Unternehmer müssen mobil.

Das bekannte Scharfmacherorgan „Die Arbeitgeber-Zeitung“ nimmt in Nr. 17 zu den Reichstagswahlen Stellung. Die Ausführungen sind so interessant und zeigen uns, wohin der Kurs geht, daß wir auch unseren Mitgliedern eine kleine Blätterlese unterbreiten wollen.

In einem Augenblick, wo alle Köpfe und Hände freigemacht werden sollen, beruft eine Regierung, ein Pariserment, daß freilich das Wort Freiheit ständig in dem Mund führt, eine Sozialisierungskommission nach der andern.

Dem selbständigen Unternehmertum ist grimmigste Feinde angegriffen, obwohl im öfflichen Raumcarreich selbst der radikalste Bolschewismus zeumütig zur Herrschaft der Intelligenz zurückzuführen beginnt.

Aufstall den Streit, diesen Krebsgeschäden, der uns das letzte Mark aus den Knochen saugt, mit allen Waffen zu bekämpfen, beginnt man sich mit problematischen Maßnahmen und Gesetzesvorschlägen, die scheinbar nur dazu da sind, um die wirkliche Meinung der sozialpolitischen Drahtzieher zu verbunkeln. Denn diesen gilt offenbar der Streit, besonders in seiner höchsten Form des Generalstreiks, als die wunderbare, nicht gerug zu verbannende Waffe des Proletariats, womit dieses in jedem Augenblick seinen politischen Machthaber zu bestredigen vermag. Man braucht nur an die wahnsinnige Fortdauerung der Bezahlung der Streitkräfte während des letzten großen Krieges zu denken, um die eigentliche Auffassung der „herrschenden“ Kreise zu erkennen. Nicht eine Stunde Arbeit können wir heute entbehren, aber alle Maßnahmen richten sich darauf, neue Feiertage einzulegen — es lebe der 1. Mai! —, um die Arbeitszeit zu verkürzen, um während der Arbeit möglichst viele Kräfte abzulenken und die wirkliche Leistung zu verringern. Mag sich immerhin das Unternehmertum wohl oder übel mit den Betriebsräten abfinden, als erster Erfolg dieses Systems muß die Tatsache gebucht werden, daß eine unendliche Menge an Zeit und Kraft auf Dinge verschwendet wird, die mit der so bitter notwendigen Steigerung der Produktion nichts zu tun haben. Alles richtig und noch viel mehr Dinge müßten genannt werden, die dem Unternehmer ein für allemal den Glauben nehmen können, daß aus dieser Gegend jemals etwas Gutes kommen wird. Daß alle Hoffnung draußen, die ihr bei diesem Wahlrecht einen auch nur glimpflichen Ausgang erwartet! Indessen wollen wir auch solchen Pessimismus entgegentreten. Niemals darf man die Klinke ins Korn werfen, solange noch ein Schuh abgeschnitten werden kann. Und am wenigsten darf sich das deutsche Unternehmertum, das gerade jetzt in dieser verzweifelten Lage so wunderbare Proben unerschöpflicher Elastizität ablegt, einer feigen Schuldstreitung schuldig machen. Mag uns immerhin nur eine Minorität beschieden sein, auch eine kräftvolle Minorität kann schlimmstes Übel abwenden, kann unter Umständen den Weg zur Rettung zeigen. Vor allem kommt es auch darauf an, daß diejenigen Arbeitgeber, die vielleicht selbst parteipolitischen Tendenzen habbigen und darüber das wahre Ziel aus den Augen verlieren, mit sich ernsthaft zu Rate gehen. Nur für solche Abgeordnete darf der Arbeitgeber eintreten, die eine Sicherheit dafür bilden, daß sie nicht wieder dem vorwärts strebenden Unternehmertum einen Anstoß gewissen. Darum ist heute mehr denn je das Unternehmertum, das freie unbehinderte Unternehmertum, dazu berufen, uns auf dem Weg aus diesen Misserfolgen als Führer zu dienen. Ein Reichstag, der diese Tatsache nicht voll und ganz erkennt, würde die Katastrophen mit rasender Geschwindigkeit heraufbeschwören. Mit der Parole: Schutz und Freiheit dem Unternehmertum, Erfüllung aller unternehmerfeindlichen Strömungen, wollen wir mutig und entschlossen in den Wahlkampf eintreten.

Es braucht nicht auseinandergetrennt zu werden, wohin die Reise des sozialistischen Unternehmertums geht. Wehe der deutschen Arbeiterschaft, wenn diese Richtung bei den Reichstagswahlen siegen würde. Das muß bereitstellt werden. Darum: Jedes wahlberechtigte Verbandsmitglied an die Wahlurne!

Wie bei den Christen Karneval kommen?

In der schwierigen Lage des Deutschen Reiches, der ostn. Kaiserreich Nationen, haben die Christen einen gründlichen Reinfall erlebt. Der Sachverhalt ist folgender: Mit großer Mühe und Opfern hat unsere Organisation seit Anfang des vorliegenden Jahres auch hier Boden gefestigt. Die Mitgliederzahl liegt dauernd, und bis heute ist in der Aufwärtsentwicklung kein Stillstand zu verzeichnen. Schon lange war der Bereichung nach den vorliegenden Zeiträumen etwia möglich wie im Vorjahr und geringer als im Vorjahr. Nur eine Fortschreibungsfähigkeit wird benötigt eine Fortschreibungsfähigkeit, und Pfarrstellenamt gemeldet, dass es in der Kirche für die Ausübung im Kirchenamt nur mehr als seit so gut wie im Februar 1919 gewesen. Die Polizei und die Befehlshaberei ist ebenfalls seit einer gewissen Zeit gegen den Christen zum elenden Untergang verurtheilt. So ist diese Zeitung im September reichlich mit einer Fortschreibungsfähigkeit fortgefunden. Zur Vor-

abfristanten ein. Eine Antwort ist aber bis heute bei Bezirksleitung nicht eingegangen. Wohl aber kam einige später eine mündliche Mitteilung, daß gegen den Beleiter auf der belgischen Kommandantur ein Haftbefehl vorliege; er wurde gewarnt, in kommender Zeit keine Versammlungen abzuhalten und nicht mehr nach Aachen zu kommen. Mit der Ratifizierung des Friedensvertrages kam dann wieder neues Leben unter unsere Mitglieder. Am 18. Februar wurde ein neuer Tarif bei sämtlichen Arbeitgebern, Innung und Brotfabrikanten eingereicht. Eine Antwort lief auch wieder nicht ein. Es wurde deshalb der Schlichtungsausschuß angerufen. Einige Tage später, bevor die Sitzung des Schlichtungsausschusses stattfand, konnten nun in der Aachener Zentralunspresse lesen, daß der christliche Verband einen Tarif für das gesamte Bäckergewerbe abgeschlossen habe. In der Sitzung des Schlichtungsausschusses wurde nun vom Bezirksleiter Ostermann festgestellt, daß bisher keine Aachener Bäcker im christlichen Verband organisiert waren, daß auch keine einzige Bäckergesellenversammlung, wo zum Tarifvertrag Stellung genommen wurde, der christliche Verband abgehalten habe. Zu den Tarifverhandlungen wurde kein im Bäckergewerbe tätiger Arbeitnehmer zugezogen. Der Tarif wurde von der Innung mit einigen christlichen Gewerkschaftsvertretern abgeschlossen, um den freien Verband auszuschalten. Der Schlichtungsausschuß mußte sich aber auf den gesetzlichen Standpunkt stellen und konstatieren, daß wirklich ein Tarif bestehen, und somit mußte der freie Verband erst den Nachweis durch Beibringung von Vollmachtunterschriften erbringen, daß er Mitglieder habe. Die Unterschriften wurden beschafft und ein neuer Termin auf den 22. April angesetzt. Dort wurden erneut die oben geschilderten Tarife festgestellt, und der Schlichtungsausschuß versuchte nun, daß der freie Verband sich dem bestehenden christlichen Tarif anschließen solle. Hiergegen wandte sich Ostermann. Er forderte, da bis heute die Innung uns noch keine Antwort auf den eingereichten Tarifvertrag zukommen ließ und der Tarif der Christlichen erst viel später eingereicht worden sei, wir nur einen Tarif abschließen würden, der durch direkte Verhandlung mit der Innung zu stande käme, und stellte den Antrag, den christlichen Tarif für ungültig zu erklären und die Innung durch Spruch zu veranlassen, innerhalb 10 Tagen einen Tarifvertrag zu tätigen. Hiergegen kämpften die Christlichen, die verlangten, daß wir uns ihrem Tarife anschließen sollten. Nach einhälftständiger Verhandlung füllte dann der Schlichtungsausschuß den Spruch: Die Bäckerinnung und die Brotfabrikanten sind gehalten, bis zum 15. Mai einen gemeinsamen Tarif mit den beiden Arbeitnehmerorganisationen abzuschließen. Die bisher festgelegten Lohnsätze bleiben vorläufig bestehen. Im übrigen wird der christliche Tarif als ungültig erklärt.

In den nächsten Tagen finden nun Verhandlungen wegen Abschlusses des neuen Tariffs statt. Der Schmerz unserer "Brüder in Christo" ist groß. Wie haben sie sich bisher gebrüstet mit ihrem Tarif, wobei der freie Verband nichts damit zu tun habe, nur der christliche Verband sei berjenige, der wirklich die Interessen der Kollegen vertrete. Der freie Verband habe immer nur große Worte in den Versammlungen. Wir können es diesen "Arbeitervertretern" nachfühlen, daß trotz der dunkeln Machinationen und verständnislosem Zusammenarbeiten mit der Innung gegen den freien Verband eine Wit besteht, weil ihre Position schwindet und ihnen, wie dem betroffenen Lohnerber, die Felle wegschwimmen.

Aachener Kollegen, zieht die Lehre hieraus! Wir kämpfen nicht mit dunklen Waffen, sondern frei und ehrlich. Ihre Interessenvertretung ist nach wie vor der Centralverband der Bäcker und Konditoren, Bezirksleitung Köln, Seestraße 109. Wendet Euch in allen Fragen an diese Adresse oder in schnell zu erledigenden Sachen an das Geschäftsbüro in Aachen, Bureau: Rudolfstr. 58.

Das Reichswirtschaftsministerium gegen die Mehlkontingentierung.

Vom bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft wird den Kommunalverbänden ein vom 5. März datierter Erlass des Reichswirtschaftsministeriums an den Reichsarbeitsminister übermittelt. Zug Anschreiben wird hierzu bemerkt:

Das Reichswirtschaftsministerium hat das im Obdruck beiliegende Schreiben übermittelt und erachtet, dafür zu sorgen, daß die von verschiedenen Gemeinden, zum Beispiel Nürnberg, Erlangen usw., für ihre Bevölkerung erlassenen Verordnungen über die Mehlguteilung nach dem Gehilfenzahl sofort aufgehoben werden und daß gegen den in einigen Orten und Ländern geplanten und zum Teil auch schon durchgeföhrten Gesellenbeschäftigungszwang nach der Fleischkartenzahl ganz energische Maßnahmen getroffen werden. Die Kommunalverbände werden beauftragt, im Sinne des anliegenden Schreibens zu verfahren.

Die Unternehmer haben bei der jetzigen reaktionären Regierung in Bayern ihren Willen durchgesetzt. Wie stoßen auch hierbei auf dieselbe Unbiegung der Wahrheit als in den an dieser Stelle schon früher besprochenen Umgaben der Unternehmer an die Regierung. Unseres Wissens besteht nirgends die Verordnung, daß den Bäckereien Mehl nach der Gesellenzahl zugewiesen wird. Wie die Mekontingentierung eingeführt ist, besteht sie nach dem Grundsatz, daß auf ein bestimmtes Quantum verarbeitetes Mehl eine volle Arbeitsschicht beschäftigt werden muß. Es ist das die Festsetzung eines Arbeitszeitlimits, das wir auch vor dem Kriege in vielen unserer Tarife hatten, mit dem Unterschied, daß damals eine bestimmte Leistung innerhalb einer Arbeitsschicht vorgesehen

war und bei den heutigen Bestimmungen die Mindestleistung festgelegt ist.

Der Reichswirtschaftsminister ist auf die falsche Darstellung der Betreuten ebenfalls zu einer falschen Schluffolgerung gekommen; denn das, was er bestreit wissen will, besteht in der Tat nicht. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

Indem ich Bezug nehme auf mein unter dem 8. Dezember dorthin gerichtetes Schreiben über die schriftweise Beschäftigung der Arbeiter und die dadurch herbeigeführte Arbeitsstreckung, erlaube ich mir, heute noch einmal auf diese Frage zurückzukommen, und zwar nicht unter dem engeren Gesichtswinkel der Erwerbslosenfürsorge, sondern unter einem weiteren, allgemeinen volkswirtschaftlichen, wobei aber der Grundgedanke der gleiche wie in meinem damaligen Schreiben ist. Veranlassung hierzu gibt die Wahrnehmung, daß immer mehr die Unsitte um sich greift, Angehörige bestimmter Berufe in diesem unter Streckung der Arbeit weiter zu beschäftigen, um sie nicht der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen zu lassen. Außer im Bäckergewerbe (hier durch die Mehlguteilung nach der Zahl der Gesellen) geschieht dies im Fleischereigewerbe (hier Beschäftigungszwang prozentual der Fleischkartenzahl), und diese Beispiele machen neuerdings auch im Handel Schule.

Dies Verschleppen der Berufsangehörigen kann doch nur Sinn haben in dem Fall, wenn der betreffende Beruf in absehbarer Zeit einen Aufschwung erwarten läßt, der dann die normale Beschäftigungsmöglichkeit aller Berufsangehörigen gewährleistet. Dort aber, wo diese Aussicht nicht besteht, ist dies Verfahren volkswirtschaftlich nicht zu verantworten. Denn es liegt klar auf der Hand, daß dies stets auf Kosten des betreffenden Gewerbes, das heißt der Produktion, geht und zwangsläufig eine Verteuерung des Produktes, das heißt eine Belastung des Verbrauchers, herbeiführen muß. Die wirtschaftliche Lage ist augenblicklich so, daß möglichst jede Hand produktive Arbeit leisten muß, und nur durch Anspannung aller Kräfte zur allgemeinen Hebung der Produktion werden wir allmählich in die Lage kommen, wieder mehr zu erzeugen als zu verbrauchen, mehr Ausfuhrwerte zu schaffen, um Rohstoffe und Nahrungsmittel einzuführen und unsere Balanc zu heben. Die Bemühung, die wichtigsten Arbeitergruppen mit allen erdenklichen Mitteln zu der Erkenntnis zu bringen, daß sie im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu höheren Leistungen bei längerer Arbeitszeit verpflichtet sind, wird durch das Beispiel der für ein paar Stunden täglicher Arbeit vollen Lohn beziehenden Bäcker- und Fleischergesellen wieder illusorisch gemacht.

Aber dies Durchschleppen der Arbeitskräfte ist vom Standpunkt der Produktion ebensoviel zu verantworten wie vom Standpunkt des Konsums.

Es liegt nahe, daß die Gemeinden versuchen, die sie schwer drückenden Lasten für die Erwerbslosenfürsorge irgendwie abzuwälzen. Wenn aber auf eine bestimmte, gering berechnete Zahl Sacd Mehl oder Fleischkarten ein nicht einmal zu einem Drittel beschäftigter Geselle eingestellt werden muß, so hat das eine Erhöhung der Brots- und Fleischpreise zur Folge, die die breite Rasse der Verbraucher belastet. Damit einige Tausend Bäcker- und Fleischergesellen statt der Arbeitslosenunterstützung für eine mindere Arbeitsleistung den hohen Verdienst der wirklichen Arbeitenden beziehen, muß das tägliche Brot, auf das gerade der kleine Verbraucher angewiesen ist, erheblich teurer bezahlt werden. Was die indirekte Besteuerung für minderreiche Familien bedeutet, braucht wohl nicht ausgeführt zu werden. Und dieser Umstand ist nicht etwa ein vorübergehender, sondern ein jahrelang sich hinziehender.

Wie im Bäcker- und Fleischergewerbe, so wird in vielen andern Berufen eine Scheinarbeit geleistet, durch die das Wirtschaftsleben immer mehr herunterkommen muß, durch die ferner — und diese Erkenntnis sollte unter den Arbeitnehmern dieser Berufe doch Platz greifen — sehr bald der Grundatz der achtstündigen Arbeitszeit scheitern muß. Mehr und wirkliche Arbeitsleistung muß jetzt oberstes Prinzip sein.

Das ist aber nur zu erreichen, wenn die in einigen Berufen überflüssigen Arbeitskräfte auf solche Berufe umgestellt werden, wo Arbeitskräfte fehlen. Mag das für den einzelnen oft hart sein, das Allgemeinwohl verlangt es. Diese Umstellung wird natürlich am zweckmäßigsten bei den Arbeitslosen beginnen. Sie wird aber auch bei den Betriebssäulen einzehen müssen, wo das Kurzarbeitsystem (Stunden-, Tages-, Wochenarbeiten usw.) eingeführt ist, und sogar dort, wo ein solches oder eine Betriebsstilllegung in Aussicht stehen. Ergibt sich da, daß das betreffende Gewerbe aller Voransicht nach in absehbarer Zeit nicht im alten Umfang wiederersteht, dann müssen unbedingt die freiwerdenden Arbeitskräfte anderer produktiver Arbeit zugeführt werden. Wenn ich den Herrn Reichsarbeitsminister bitte, hierauf ganz besonders sein Augenmerk richten zu wollen, so weiß ich mich mit ihm vollständig eins, wie ich das zu meiner Freude aus seinem Schreiben vom 5. Dezember 1919 entnommen habe, und ich glaube, daß die dort im Anschluß an die gleichen Gedanken gemachten Vorschläge über das gegenseitige Zusammenarbeiten der beiden Ministerien nach dieser Richtung hin dem Wirtschaftsleben vor erheblichem Vorteil sein werden.

J. B.: ges. Hirsch.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 26. April bis 15. Mai gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beträge ein:

Für März: Celle 955,75 M., Neisse 74,10, Gleiwitz 26, Colibus 148,50, Ulm 284,90, Kaiserslautern 82,80, Mülheim a. Rh. 284,85, Traunstein 99,20.

Für April und Mai: Peterow 431,18 M., Bonn 888,80, Grimmen 317,80, Gifhorn 293,75, Greifswald 376,50, Güstrow

462,70, Hagen 327, Ilmenau 299,20, Karlsruhe 684,80, Kolberg 290,95, Limbach 131,95, Lörrach 425,20, Lübeck 157,25, Lüdenscheid 119,50, Lüneburg 133,90, Quedlinburg 24,50, Regensburg 848,85, Rostock 744,55, Sonnenberg 261,85, Sorau 102,85, Siersburg 485,75, Traunstein 87,30, Begegstadt 287,30, Weimar 900,70, Zwiedau 918,30.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung": Bauen 14 M.

Für Abonnement und Annonce: Stralsund 4,20 M., Annenstrasse Berlin 22.

Für "Technik und Wirtschaftswesen": Peterow 9 M., Rostock 9, Greifswald 12, Lübeck 24, Bremen 2, Zwiedau 25, Bonn 38, Grimmen 2, Güstrow 57, Ilmenau 30, Karlsruhe 33, Kolberg 2, Limbach 30, Lüneburg 12, Traunstein 18, Begegstadt 4.

Der Hauptkassierer. O. Greytag.

Sterbetafel.

Berlin. Albert Bülow, Bäcker, 46 Jahre alt, gestorben am 19. April.

Lorch I. Rhld. Georg Schniepp, 63 Jahre alt, gestorben.

Maria Munz, 44 Jahre alt, gestorben im April.

München. Johann Reithofer, Bäcker, gestorben am 6. Mai.

Tilsit. Otto König, 29 Jahre alt, gestorben am 27. April.

Ehre Ihrem Andenken!

Sozialbewegungen und Streiks.

Bäcker.

Dresden. Der Tarif mit der Bäckerinnung wurde erneuert. Obgleich der Tarif mit den Großbetrieben noch bis zum 1. Juli Gültigkeit hat, wurden die Löhne durch neue Leistungszulagen auch hier geregt, so daß vom 1. April an folgende Löhne gezahlt werden: In Großbetrieben für Ofenarbeiter und Teigmacher 185 M., für Taselarbeiter 175 M., für Bäckereihilfsarbeiter 140 M., in Kleinbetrieben für erste Gesellen 175 M., für zweite Gesellen 157 M., für dritte Gesellen 140 M.

Dachau. Der neue Tarif vom 30. März setzt die Löhne wie folgt fest: Schiefer 165 M., Münchener 155 M., Postler 145 M., Gehilfen im ersten Gehilfensjahr 135 M.

Bezirk Dresden. Am 5. Februar wurde der Tarif mit der Innung erneuert. Die Löhne belaufen für Werkmeister 150 M., Weizkneiter 140 M., Gehilfen über 20 Jahren 130 M. und Gehilfen unter 20 Jahren 120 M. Der Tarif erhielt rückwirkende Kraft vom 1. Januar und läuft unbedingt mit einer Kündigungsfrist von 2 Monaten.

Der am 15. Februar mit den Brotfabrikanten erneuerte Tarif hat gleichfalls Wirksamkeit vom 1. Januar, und läuft bis 31. März 1921. Die Löhne werden für Bäcker auf 155 M. und für Hilfsarbeiter auf 145 M. festgesetzt.

Für Brot und Brötchen betragen die Löhne vom 1. Januar an 136 bis 146 M.

In der Stampfzmühle Döbeln wird vom 1. April an ein Durchschnittslohn von 160 M. gezahlt.

Im Konsumverein Hartha beträgt vom 16. März an der Lohn gleichfalls 160 M.

Der Konsumverein Meissen gewährt vom 1. Januar an 154 M.

Elzlingen. Durch Abschluß eines Tarifes mit der Innung belaufen die Löhne vom 1. Februar an 110, 115 und 120 M. Für Kost und Logis können 35 M. in Abrechnung gebracht werden. — Im Konsumverein erhalten die Bäcker vom 1. April an 160,20 M. beziehungsweise 163,90 M.

Am 9. April kam auch mit der Bäckerinnung Güstrow ein Tarifvertrag zu stande. Die Löhne betragen für Bäcker und Konditoren einheitlich 140 M. Es werden bis zu 2 Wochen Ferien gewährt; der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet bis zu 4 Wochen Anwendung. Der Tarif ist unbefristet und kann zum 1. und 16. jedes Monats gekündigt werden.

Mit den Bäckerinnungen im Kommunalverband Hagenow i. Preuß. wurde am 8. April ein Tarif abgeschlossen, der Löhne von 110 M. bzw. 100 M. sowie Ferien und Lohnfortzahlung nach § 616 bis zu einer Woche vorsieht. Für die Bohlplinge wurden gleichfalls Entschädigungen von 1 M. bis 3 M. und Ferien unter gleichen Bedingungen wie für die Gesellen vereinbart.

Bezirk Salzwedel. Der Lohn im Konsumverein Kahla wurde vom 1. April an um 80 M., im Konsumverein Gangelt und Kaiserslautern um 40 M., im Konsumverein Weisenfeld um 37,50 M. und im Konsumverein Beelendorf um 50 M. erhöht.

Niel. Vor dem Lohn- und Arbeitsamt werden für die Zeit vom 1. bis zum 30. April die Stundenlöhne um 22 bis 40 % erhöht. Der Durchschnittswochenlohn beträgt 204 M.

Quakenbrücke. Vom 1. April an bringt der Durchschnittslohn 166 M. Durch den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der durch den Lemnibüromachtkonsort für verbindlich erklärt wurde, ist auch für die Lehrlinge eine Entschädigung von monatlich 20 M. im ersten, 80 M. im zweiten und 40 M. im dritten Lehrjahr festgesetzt worden.

Für Magdeburg gelten laut Beschluss der Arbeitsgemeinschaft für das Bäckergewerbe beim Städtischen Arbeitsamt vom 8. April an folgende Löhne: Gesellen bis zu 20 Jahren 145 M., von 20 bis 24 Jahren 160 M. Selbständige arbeitende und in Großbetrieben beschäftigte Gesellen erhalten 180 M.

Nürnberg. Der Tariflohn wurde vom 26. April an um durchschnittlich 41,68 M. erhöht. Im Konsumverein trat bereits am 27. März eine Erhöhung der Löhne um 52 M. in Kraft, so daß hier die Bäcker 202 M., Leigmacher und Schichtführer 207 M. und die Oberbäcker 227 M. erhalten.

Regensburg. Die Tariflöhne wurden vom 19. April an um 80 M. erhöht.

Mit dem Bäckerinnungsverband des Saarlandes wurde vom 29. März an ein Lohnanstieg von 89 % vereinbart.

Der Durchschnittslohn beträgt jetzt 198 M.

Der Tarifabschluß mit der Bäckerinnung Schleswig vom 16. Februar an sieht Löhne von 115 M. beziehungswise 185 M. vor; Ferien bis zu 2 Wochen und Lohnzahlung in Krankheitsfällen bis zu 4 Wochen.

Mit den Konsumvereinen des Bezirks Stuttgart sind vom 1. April an Leistungszulagen von durchschnittlich 20 M. beziehungswise 39,50 M. vereinbart worden.

Teterow. Durch die Tariferneuerung wurde der Wochenlohn von 70 M. auf 120 M. erhöht; Neuanlehrte erhalten zunächst 110 M. für die Zeit vom 1. März bis zum 18. April erhielten unsere Kollegen eine Lohnnachzahlung von 10 M. pro Woche.

Für die Kollegen beim Reichsverpflegungsamt Tilsit wurde durch Verhandlungen beim Landesfinanzamt am 7. April eine Erhöhung des durchschnittlichen Wochenlohnes um 48,20 M. erreicht, die vom 1. Januar an gezahlt wird.

Konditoren.

Bonn a. Rh. Der Magdeburger Vertreter am Schlüttungsausschuß in Bonn. Am 8. April forderten unsere Konditorgehilfen 60% Leistungszulage auf die bisherigen Löhne. Eine Einigung kam dadurch nicht zustande, weil die Magdeburger mit diesen Forderungen nicht einverstanden waren; sie waren ihnen zu hoch, wie sie den Meistern erklärten. Wir wollten es gar nicht glauben, daß dieses zutrete, aber hatten uns doch gefaßt, wie wir dann vor dem Schlüttungsausschuß erfahren müßten. Die Fazit hatte einen Vertreter der Magdeburger hinzugezogen. Als während der Verhandlung der Obermeister Schoppenkötter erklärte, der Konditoreerverband wünsche keine Forterungen, stellte unser Vertreter das Früchten an den Schlüttungsausschuß, den „Magdeburger“. Herr Kraus, vor die Frage zu stellen, wie er über die Lohnerhöhung denke. Herr Kraus erklärte: „Wir vom Magdeburger Verband sind grundsätzlich gegen jede Lohnerhöhung.“

Kommentar überflüssig; aber unsere Konditorgehilfen sind Herrn Kraus wirklich dankbar, daß er den Mai gehabt hat, offen auszusprechen, welche Interessen sein Organisationsvertretung hat. Dies möge eine Mahnung sein für unsere Konditorgehilfen im Reiche und ein Beweis, daß ihre Interessenvertretung nur der „Centralverband“ sein und bleiben wird.

Die Löhne der Konditoren gestalteten sich hier vom 15. April an wie folgt: Bis 19 Jahre 161 M. bis 22 Jahre 180 M. bis 24 Jahre 203 M. über 24 Jahre 250 M. Lehrlinge erhalten 5, 6 und 9 M. pro Woche. Für Rost und Logis kommt 50 M. berechnet werden.

Süßwarenindustrie.

Rheinhessen. Bei der Firma Seelberg, Ketschabrik, konnte ein schöner Erfolg erzielt werden. Drei Beiträge vom 1. Mai an die Höhe der Bäder 225 M., die der Hilfsarbeiter über 20 Jahre 200 M., unter 20 Jahren 170 M. Die Arbeitnehmer haben Tagelohn und beträgt derselbe nunmehr für Arbeitnehmer über 20 Jahre 17,30 M. von 17 bis 20 Jahren 16,10 M. unter 17 Jahren 14,90 M. Die Arbeitszeit beträgt bei der Firma höchstens 48 Stunden.

Seestädten. Mit den Bäckern am Werk wurde folgender Abschluß zum Tarif abgeschlossen: Der Tarifvertrag im allgemeinen besitzt seine Gültigkeit, mit Ausnahme des Punktes 2, Seite betreffend. Dieselben beitragen für erste Spezialarbeiter 369 M., zweite Spezialarbeiter 289 M., dritte Spezialarbeiter 260 M., Hauarbeiter über 20 J. 270 M. und Hilfsarbeiter über 18 Jahre 190 M. pro Woche. Bei Beschäftigung am Hochgeräten erhalten Hilfsarbeiter unter 18 Jahren 180 M. bei jüngster Beschäftigung 160 M. pro Woche. Für Arbeitnehmer betragen die Löhne in der ersten Stufe 160 M., in der zweiten Stufe 95 M., in der dritten Stufe 90 M. und in der vierten Stufe 85 M. pro Woche. Diese Löhne gelten als Mindestlöhne und treten vom 6. April 1920 in Kraft.

Gießen. In der Marmeladenfabrik von Eisenhardt und der Firma Thiem wurden die Löhne durchschnittlich um 2,50 M. beziehungswise 30,25 M. pro Woche erhöht.

Als Österreicherkreis.

Konditorei.

Hält sich auch nicht an erlaubige Arbeitszeit! So der Text des „Konditoren-Jahrs“ befindet sich folgende höchst bezeichnende Zeile:

„Für meinen arbeitsbeschäftigten Gehilfen habe ich schon über jünger Stellung der brüderlichen Ansprüchen Bedenke hat in einer Konditorei Leipzig geltet; und ist mit allen vorliegenden Kriterien aus dem vertrieben. Ich darf bestehen mit einschließen, daß man auch nicht an erlaubige Arbeitszeit! Gd. K. OJ. und Magdeburg 122 M. an die Firma. D. 312.“

So geblieben ist es im Jahre der deutschen Republik Österreich nicht!

Großküche.

Der Verband deutscher Gaststekleibefabrikanten e. V. Dresden, stellt am 10. April dieses Jahres im Neuen, Hotel „Schönheit“, neuen Saalvertonung ab. Den Saal tragen der Kommerzienrat E. Schmid, Cöln. Die Bedienung soll unterrichtet sein. Mit dieser müssen unserer anderen Teil der Firma konsumvereine abschließen, Konditorei und Gastronomie als Vertreter des Handels des Deutschen Südwesterdeutschland und der Versorgung deutscher Gaststekleibefabrikanten e. V. Schauspiel, sowie ein Vertreter des Konsumentenverbands der deutschen Großstädte. Die Bedienung erfolgt ab 11 Uhr, unmittelbar davor bei Kunst 17 neue Praktiken eröffnen werden. Bei Kunst 4 (Praktiken) eröffnen werden die Säle des Restaurants, Herr Gott Greiner, sowie, Ministerium für Arbeit, Betriebe und Reklamations, so Kunst 9 soll er ein Amtmann über die Bedienung des Restaurants und Säle der Kunst einen Praktiken (Anwendung des Praktiken der Großstädte und Kleinstädte) einen neuen Vertreter über die Organisation der Konsumentenverbände und der Konsumentengemeinde aus der Reihe und Betriebe und Betriebsabteilung e. V. a. b. S.

erstattet, zu der im Laufe der Versammlung eine ganze Anzahl von Verbandsmitgliedern ihren Beitritt erstattete. Außerdem wurde eine Resolution gegen die Verordnung vom 22. März 1920, betreffend Änderung der Verordnung über die Regelung der Einführung vom 16. Januar 1917, einstimmig gefasst.

Der Mitgliederversammlung waren am 19. und 20. eine Vorstandssitzung, am 22. eine Aufsichtsratssitzung und Gesellschafterversammlung der Interessengemeinschaft deutscher Kakaopulver- und Schokoladenfabriken G. m. b. H. sowie Sitzungen der Kakaoinflussegesellschaft und des Fabrikationsausschusses der Kakaowirtschaftsstelle vorangegangen. Zu gleicher Zeit hielt am 21. April der Vorstand des Reichsbundes der Deutschen Süßwarenindustrie, Sig. Würzburg, unter dem Vorsitz des Herrn Kommerzienrat Wildhagen, Rütingen, eine Versammlung in Weimar ab.

Marmeladenindustrie.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Marmeladenfabrikanten hat fürlich in Cassel stattgefunden. Aus dem vorliegenden öffentlichen Berichte interessiert uns nur, daß die Mitgliederzahl des Verbandes sich nahezu verdoppelt hat und der Verband in Bezug auf reine Marmeladenfabriken, der stärkste in Deutschland ist. Die Marmeladewerke begrenzen die Industrie noch erheblich. Es wurde zuletzt folgende Entschließung gefasst und beschlossen, die an das Reichsernährungsministerium und das Reichswirtschaftsministerium abzusenden:

Der Verband Deutscher Marmeladenfabrikanten verlangt die sofortige Aufhebung der Zwangsirtschaft in der Marmeladenindustrie. Er erachtet weiterhin schon jetzt energetischen Einspruch, falls etwa beabsichtigt sein sollte, die fiktive Zuckerteilung unter Zugrundelegung der von der Roma erzielten Kontingente vorzunehmen, da dieser Kontingentertrag größte Bedenken entgegenstehen. Der Verband beantragt und bittet dringend, Neukontingenzierung unter Hinzuziehung unseres Verbandes vorzunehmen.

Die Vertretung der Marmeladenindustrie im kommenden Reichswirtschaftsrat und im Reichsverband der deutschen Industrie unterlag eingehender Besprechung. Der Verband wird Schritte tun, um eine angemessene Vertretung in diesen Organisationen zu erreichen. Herr Rechtsanwalt Sonntag, Berlin, wurde zum Studium des Verbandes gewählt.

Als gegnerischen Organisationen.

Würzburg. (Vom Spartakisten zur christlichen Organisation.) Wilhelm Weichert, der sich in der Öffentlichkeit nicht nur als H. S. P., sondern auch als Spartakist bezeichnete, war Mitglied unserer Organisation von 1918 bis 1919 und in der Konfittenfabrik Heidingsfeld beschäftigt. Durch sein rücksichtloses Auftreten im Betrieb, wo er auch Blasphemie, die die Firma als berechtigt angesehen, entfernte, wurde er entlassen. Durch Eingreifen der Organisation war es möglich, die Kündigung rückgängig zu machen, indem er versicherte, der Firma gegenüber mehr Anstand zu bewahren. Das Versprechen Weichert war jedoch von kurzer Dauer, weil er sich auch bei der Arbeitslosigkeit so unbeholfen machte, daß der Betriebsrat mit der abermaligen Entlassung einverstanden war. Die Gründe zur Entlassung waren unter anderem, daß W. obwohl verheiratet, an einer Arbeiterin im Betrieb seine Liebesgefühle zum Ausdruck bringen wollte, was ihm die Kollegin jedoch in gehöriger Weise mit einer kräftigen Ohrfeige entwiderte. Zu bemerken ist, daß Weichert auch Betriebsratsmitglied war. Selbstverständlich ist es der Organisationsleitung unter solchen Umständen unmöglich geworden, nochmals für seine Weiterbeschäftigung einzutreten. Als W. in Würzburg wieder in Stellung trat, wurde er von der Organisationsleitung wiederholt aufgefordert, seine rückständigen Beiträge in Ordnung zu bringen, worauf unserm Kästner nur ein Söhnchen entgegengebracht wurde. Die Konditorensektion Würzburg beschloß daher, ihn auf Grund seines achtmonatigen Rückstandes nicht mehr als Mitglied zu betrachten. Nachdem W. selbst in einer Konditorenversammlung zum Ausdruck brachte, er würde im Falle eines Konditorenstreiks einen Streikbrecher, war der leidbare Herr für uns erledigt.

Nun landete er endlich bei den Christlichen. Dort ist bereits bekannt, daß er die Wahrheit von Lügen nicht zu unterscheiden vermag. Durch alle möglichen Verdächtigungen gegen unsere Organisation schaut er nicht bevor zurück, selbst Kollegen in der geheimsten Weise zu denunzieren. Wie sie gesunken der Charakter dieses Verbandsangehörigen ist, hat die letzte Tarifverhandlung mit der Konditorenorganisation bestätigt, wo er als Vertreter der christlichen Organisation entweder war. Obwohl Mitarbeiter des christlichen Tarifes, erklärte er in der Verhandlung, der Tarif sei ohne sein Söhnchen aufgestellt geblieben. Außerdem ein Kollege, der zur Ausstellung des christlichen Tarifes geladen war, die Unwahrheit widerlegte, erklärte selbst der Obermeister, daß es unmöglich sei, mit Leuten zu verhandeln, die nicht einmal den Fakt bestehen, daß zu vertreten, was sie mit ihrem Anhänger gemeinsam anzustellt haben. Bezeichnend ist, daß der Obermeister in der Tarifverhandlung bestätigt gab, W. habe bei der Sammlung von Unterlagen für den christlichen Tarif den Gehilfen weiszerrichtet, er handle im Auftrage der Unternehmer und müsse bestimmt jeder unterschreiben.

Was fehlt, bei W. ist etwas nicht in Ordnung, sonst könnte er nicht in einer Versammlung erklären, er sei selbst nicht organisiert, auch nach Mitglied der H. S. P., Sachsen, Schlesien. Dem Christlichen Tarifungs- und Gewinnmittellabordneten gratulierten wir zu seinem neuen Stern.

Coburg i. S. Gerichtsgericht. Am Nummer 14 des Gerichtsbergs wird die Brüderer Güterführung bestätigt, für die aus dem Gerichtsgericht mit dem geben Sache einen Befehl zu erlangen. Dieses trifft nun sofort zu, das von Seiten der Geilen der Fazit der Gütergerichtsmutter gezeigt werden sollte, daß bei bestätigter Arbeitszeit bestiegung-

weise Arbeitsmangel den Arbeitgebern das Recht zu stande, nur die Stunden zu bezahlen, die tatsächlich gearbeitet wurden, aber nicht unter 36 Stunden wöchentlich. Die Verhandlungen zwischen Centralverband und Fazit revidierten diesen Beschuß. Arbeitgeber dürfen keine Wochenzüge machen, da das Kontingent auf 70 Centner pro vierwöchiger Periode festgesetzt ist, bei dem 1. Geschlecht beschäftigt werden muß, auch dann nicht, wenn das Kontingent auf 65 Centner herabgesetzt. Der Berichtsteller hat anscheinend vom letzteren Beschuß keine Kenntnis gehabt. Dies zur Steuer der Gerechtigkeit gegenüber der Fazit.

Allgemeine Kundshand.

Kakaopulverschüttungen. Der Fabrikationsausschuß der Kakaowirtschaftsstelle erläutert im Interesse der Konsumgüter und der deutschen Kakaopulver- und Schokoladenindustrie eine Warnung an die Aufkäufer und Wiederverkäufer von Kakaopulver, für deren Weiterverarbeitung auch wir gerne eintreten. Der „Fabrikationsausschuß“ schreibt:

Durch die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums vom 22. März 1920 ist es vielen Firmen ermöglicht worden, die Freigabe von Ausfuhrware zu erhalten, die vor dem 6. Februar 1920 ohne die gleichzeitig vorgeschriebene Einführungsbewilligung ins besetzte und zum Teil auch ins unbesetzte Gebiet eingeführt worden ist.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Firmen die Freigabeerklärung erhalten, die den Nachweis für die bereits vor dem 6. Februar 1920 erfolgte Einführung beigebracht haben.

Es ist festgestellt worden, daß nicht unerhebliche Mengen von ausländischem Kakaopulver im besetzten Gebiet lagern, die den Bestimmungen des deutschen Nahrungsmittelbuches nicht entsprechen und wegen hohen Schadengehalts als verfälscht anzusehen sind.

Dringend muß aber davor gewarnt werden, ausländische Kakaopulver zu kaufen, das nicht von einem Reinheitszettel eines beeidigten deutschen Nahrungsmittelchemikers begleitet ist, da sich sonst der Käufer der Gefahr schwerer Bestrafung aussetzt.

Spätestens am 22. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für 1920 (23. bis 29. Mai) fällig.

Versammlungs-Anzeiger

Sonntag, 23. Mai:

Bremen. 3 Uhr bei Düppel, Rüthenstraße (hinten Rathaus). **Wiesbaden.** (Behringer) 2 Uhr im Gewerbehaus, Wallstraße 10, 1. Et.

Dienstag, 25. Mai:

Frankfurt a. M. (Konditoren) 8 Uhr, Holzgraben 1. **Leipzig.** (Konditoren) 7½ Uhr im „Reglerheim“, Nordstr. 17. **Wien.** (Konditoren) 7½ Uhr im „Gutenberg“, Stadthausstraße.

Mittwoch, 26. Mai:

Dresden. (Konditoren) 8 Uhr im Restaurant „Friedrichsplatz“. **Gräfelfeld. (Fabrikbranche)** 4½ Uhr im Gasthaus zu Gräfelfeld. **Hamburg-Altona. (Konditoren)** 7 Uhr bei Willert, Hobohöfen 27. **Leipzig. (Bäder.)** 7½ Uhr im Volkshaus, Belter Straße 33. **Wiesbaden. (Konditoren)** 8 Uhr, Restaurant „Bürgerhof“, Michelbader. **Worms. (Konditoren)** 7½ Uhr, Restaurant „Endenhof“, Hagenstraße.

Donnerstag, 27. Mai:

Dresden. (Konditoren) 8 Uhr im Hotel „Kunstakademie“, Neumarkt. **Düren i. Rhld.** 7½ Uhr im Restaurant Corneil, Wilhelmstraße 23. **Gräfelfeld. (Konditoren)** 8 Uhr im Restaurant Hente, Hobohöfen 27. **Wiesbaden. (Konditoren)** 8 Uhr bei Willert, Hobohöfen 27. **Kreisbach.** 8 Uhr im Restaurant „Germania“, Blücher Straße. **Oberrhein i. Rhld. (Konditoren)** 8 Uhr, „Fürst Bismarck“, Kirchstraße. **Stuttgart-Wilhelmsburg.** Im „Generalstädtischen Hof“, Müllringstraße.

Freitag, 28. Mai:

Neuwied. 8 Uhr im Gasthaus „Zum grünen Baum“. **Speyerberg.** 7 Uhr bei Stangler, Dresdner Straße. **Waren i. M.** Im Gewerbehaus, Lange Straße.

Samstag, 29. Mai:

Gießen. 8 Uhr in den „Hörsälen“.

Anzeigen

Nachruf. [8,50 M.]

Am 10. April starb unter
Plüsch, der Bäder
Albert Bülow
im 44. Lebensjahr.
Ehre seinem Andenken!
Verwaltung Berlin.

Verehrungslosfahrt. Treffpunkt

der Hannoveraner [A.]
Kollegenschaft und Verbands-
mitglieder beim Kollegen
Carl Weber, Engelbartsallee 129.

Berührungslosfahrt und Treffpunkt

der Stadtgarde [A.]
Kollegenschaft und Verbands-
mitglieder täglich beim Kollegen
Hack, „Ehlinger Hof“,
Ranftalle 7, beim Charlottenpalais.

Wer

Geschick und Wirtschaftswesen
im Bäder- und Großbetriebsgewerbe
und in der Gastr. Was. und Trag-
warenindustrie

noch nicht beigelegt, verlängre von den
Berichtsstellen des Verbands,
daß ihm die beliebteste Konku-
renzstadt vorgelegt wird. Das Ge-
schäft ist A. Die neue Innung
enthält wieder eine Fülle von be-
lebendem Stoff, der für jeden Be-
zirkstreffen von großem Wert ist.

Verbandsglieder! Schließt

nur Versicherungen ab bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaft L - Gewerkschaft:
Verlagerungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.